

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Herren Bürgermeister, (Frau Dr. Lorenz hat es schon gesagt, wir Frauen vermissen eine Bürgermeisterin)

sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat.

Die Bunte Linke mit zwei Vertretern nimmt nicht für sich in Anspruch innerhalb der 4 Wochen, in denen der Haushaltsentwurf vorliegt, jede einzelne Position darin bis in die notwendige Tiefe analysiert und bewertet zu haben. Genauso wenig konnte es uns gelingen – selbst mit der dankenswerterweise sehr intensiven Unterstützung unserer Mitglieder und Sympathisanten – eine Abwägung und Priorisierung der einzelnen Vorhaben und Projekte innerhalb des Gesamtentwurfs und hinsichtlich der Relevanz für die Gegenwart und Zukunft der Stadt und ihrer Bewohner so sorgfältig wie nötig durchzuführen. Deshalb können wir auch wirklich nicht guten Gewissens Einzelanträge stellen, die hier etwas zuzugeben und dort etwas wegnehmen. Es ist Aufgabe des Oberbürgermeisters und der Verwaltung, Finanzentscheidungen vorzubereiten und dabei Vorschläge zum sorgfältigen Umgang mit öffentlichen Finanzen zu machen.

Genau diesen sorgsamem Umgang mit unser aller Geld vermissen wir aber an vielen Stellen. Der vorgelegte Haushaltsentwurf für die Jahre 2015 und 2016 sieht eine erhebliche Neuverschuldung vor, Zahlen wurden schon genannt. Und dies bei stark gestiegenen Einnahmen!

Dazu kommt, dass viele der vom Oberbürgermeister geplanten Investitionen zu einem auf Dauer angelegten, langfristig hohen Finanzierungsbedarf für Betrieb und Unterhalt führen. Die Kernaufgabe der Stadt, die öffentliche Daseinsvorsorge - wozu wir auch die Armutsbekämpfung und weitere soziale Aufgaben ebenso wie die Bewahrung der Lebensgrundlagen durch Schutz von Umwelt und Natur zählen - wird allerdings an einigen Stellen stark vernachlässigt. Wenn Sie hierzu Beispiele suchen, schauen Sie in den Änderungsanträgen der Kolleginnen und Kollegen – da findet sich einiges.

In den Bereichen Kultur, Sportstätten und Kinderbetreuung soll laut Entwurf erheblich investiert werden und dafür auch öffentliche neue Schulden gemacht werden. Beim aktuellen Entwicklungsstand und Status dieser Aufgabengebiete in Heidelberg ist ein so weitgehender Ausbau aber aus unserer Sicht jenseits der Notwendigkeit. Dagegen finden sich Beispiele für vernachlässigte Bereiche der Daseinsvorsorge in praktisch jedem Stadtteil - etwa mit dem gerade vorgelegten Straßenzustandskataster und – wie schon vielfach erwähnt – beim Bau und Unterhalt der Schulgebäude - ich nenne hier auch die fehlende Mensa für den Ganztagsbetrieb der sehr gut angenommenen Gemeinschaftsschule auf dem Boxberg.

Zusammengefasst: Mit diesem Haushalt 2015 wird es die Stadt nicht schaffen, der Hauptaufgabe langfristig gerecht zu werden: zu allererst die Menschen gut zu versorgen. Vor allem die einkommensschwachen Schichten werden auf Dauer darunter zu leiden haben.

Und das trotz sehr guter Einnahmesituation bei der aktuell guten Konjunktur und trotz der hohen Neuverschuldung. Zur Rückführung der Verschuldung in überschaubarem Zeitrahmen fehlen im Ansatz des Haushaltsentwurfs jegliche Ansätze. Im Gegenteil: Innerhalb von nur 4-5 Jahren verdoppeln wir die städtischen Schulden und verfrühstücken auch noch den letzten

Rest der Rückstellungen und den Kassenbestand. Es bleibt 2019 nur noch eine kleine Liquiditätsreserve und jede außerordentliche Belastung verlangt dann sofort nach neuer Verschuldung.

Unser Hauptantrag hat also seine Berechtigung, auch wenn viele das hier anders sehen. Er lautet: Der Gemeinderat weist den Haushaltsentwurf 2015 - 16 als Ganzes zurück und beauftragt Oberbürgermeister und Verwaltung, einen neuen Entwurf mit einer maximalen Neuverschuldung von 10 Mio. € im Haushaltsjahr 2015 und 5 Mio. € im Haushaltsjahr 2016 vorzulegen.

Wenn dies bei der Konzentration auf die unverzichtbaren Kernaufgaben der Stadt nicht gelingen sollte, kommt für uns - vor einer Neuverschuldung - zur Finanzierung die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuer infrage.

Unsere weiteren Anträge betrachten Sie bitte als Hinweise, wie eine Neuformulierung des Haushaltsentwurfs erfolgen könnte und welche wichtigen Instrumente uns noch fehlen: Ein Beispiel:

Klimabericht:

Heidelberg braucht einen neuen detaillierten Klimabericht für die Gesamtstadt. Aufgrund der seit dem letzten Klimabericht aus dem Jahr 1995! erfolgten Baumaßnahmen – die häufig auch noch genau an den Stellen erfolgt sind, die laut Klimabericht von der Bebauung freizuhalten wären, und aufgrund der aktuell anstehenden Weiterentwicklung der Stadt, ist es dringend erforderlich, hier den Status quo festzustellen. Nur auf gesicherter Basis kann die gesundheitliche Gefährdungslage für die Menschen in der Stadt eingeschätzt werden und können zukünftige Planungen entsprechend angepasst werden.

Für diesen Antrag bitten wir um Ihre Unterstützung: Zukünftige Generationen werden dankbar sein, wenn wir mit dieser Kenntnis des Berichtes bei jeder Einzelentscheidung eine nachteilige Veränderung des über die ganze Stadt miteinander zusammenhängenden Mikroklimas verhindern können.

Weitere Anträge folgen, wir haben sie nicht mit Summen hinterlegt, dazu fehlt uns die Kenntnis, was es ausmachen könnte. Aber wir sind der Meinung zum Beispiel, dass unser Kommunalhaushalt noch transparenter werden muss, und Bürgerinnen und Bürger eine erhöhte Möglichkeit zur Mitbestimmung bekommen können.

Transparenter Kommunalhaushalt/ Bürgermitbestimmung

Wir beantragen bei Großprojekten, die Verantwortung an die Bürgerinnen und Bürger zum Teil zurückzugeben. Alle Investitionen, die schon in der Planung mehr als 7 Mio. € verlangen – und hier ist es ja Neuverschuldung – sollten über Bürgerentscheide abgesichert werden. Das erhöht auch das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger, was in der Stadt alles notwendig ist und gemacht werden muss. Diese Rückgabe der Verantwortung an die Bürgerinnen und Bürger durch den **Bürgerentscheid** verlangt Mut von uns. Ich appelliere an Sie alle, dass wir gemeinsam den Mut dazu aufbringen, von unserer Macht und Verantwortung dieses kleine Stück an die Wähler zurückzugeben. Das wird viele Vorteile haben: Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass die direkte Demokratie all über alles zusammengenommen zu viel sorgfältigerem Umgang mit öffentlichen Mitteln führt als Mandatsträgerentscheidungen dies tun. Das liegt – leicht nachvollziehbar - unter anderem daran, dass beim Bürgerentscheid jeder einzelne mit seinem Votum keine Rücksicht zu nehmen braucht auf Wählergruppen und Parteitaktik.

Erbpacht

Sie erwarten es von uns, wir tun es auch, wir stellen einen Antrag zur Entwicklung der Konversionsflächen: Wir beantragen Erbpacht. Wir beantragen den Verbleib der US-Flächen nach dem Kauf von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) in städtischer Hand und beantragen, die Freigabe zur Nutzung nur in Erbpacht zu erteilen. Dies wird ganz weitreichende positive Auswirkungen in Bezug auf die langfristige Stabilität des städtischen Haushalts, aber auch auf die Entwicklung der Gebiete und vor allem auf die Mieten in der Stadt haben.

Unbestritten fehlt bezahlbarer Wohnraum in Heidelberg - wie in vielen anderen Ballungszentren auch. Auch, dass der Abzug der NATO und der US-Army für Heidelberg eine einmalige Chance ist, wird mittlerweile von allen so gesehen. Das freut uns. Es genügt aber nicht, hohe Anteile an kostengünstigem Wohnraum zu fordern und Fristen für die Sozialbindung festzulegen. Das ist zu kurz gedacht. Es geht hier um das Gemeingut Grund und Boden. Grund und Boden ist nicht vermehrbar und die Nutzung muss wie die Nutzung von Wasser und Luft geschützt werden. Nur das kann Bodenspekulation und ein ständiges Ansteigen der Grundstückspreise wirkungsvoll verhindern. Durch den glücklichen Fakt der Konversion ist Grund und Boden in Heidelberg jetzt sogar schon in ganz großem Umfang im öffentlichen Eigentum. Da muss er auch dringend bleiben, da gehört er hin. Wir dürfen diese Chance nicht vertun!

Unterstützung Dritter

Zur Unterstützung Dritter ist viel gesagt worden. Die Schere zwischen Arm und Reich wird sich auch mit Unterstützung der Partner der Stadt im Bereich Armutsbekämpfung, Beratung und Betreuung und Prävention höchst wahrscheinlich weiter öffnen. Umso unverständlicher ist es, dass der Haushaltsentwurf die Unterstützung dieser Partner auf dem Stand von 2014 einfriert. Gerade hier ist eine erhöhte Förderung der dritten Partner notwendig. Wir haben einen pauschalen Antrag hierzu gestellt. Sie alle haben sich die Mühe gemacht, Einzelanträge zu stellen, dazu sahen wir uns nicht in der Lage. Wir wollten uns auch nicht dem Vorwurf aussetzen, hinterher gesagt zu bekommen, „die haben am lautesten geschrien, die haben es bekommen und wir waren nicht so laut und haben es nicht bekommen“. Es gibt Fachleute in der Stadtverwaltung, die das überblicken, aber ein Einfrieren auf dem Status von 2014 halten wir nicht für sachdienlich.

Ich hoffe, ich konnte einigermaßen deutlich machen, wo unsere Prioritäten sind und nach welchen Gesichtspunkten die Bunte Linke entscheidet. Unsere Richtschnur ist zusammengefasst im Namen unserer Wählergruppierung: Bunte Linke – Bündnis für Demokratie, Solidarität, Umwelt und Frieden.

Priorisierungen innerhalb dieses Kanons nehmen wir entsprechend unseres Wahlprogramms in Absprache mit unseren Mitgliedern und Vertrauten vor. Dies schon mal als Hinweis für die in den nächsten Wochen sicherlich noch notwendigen interfraktionellen Absprachen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bin gespannt, ob wir es schaffen, am Ende gemeinsam einen vernünftigen Haushalt verabschieden zu können.